

POLITIK

Klima-Arbeitslosigkeit: DAS ist die Horror-Prognose der EU



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ist die Mutter der EU-Klimapolitik.

04.11.2025 - 00:00 Uhr



REDAKTION

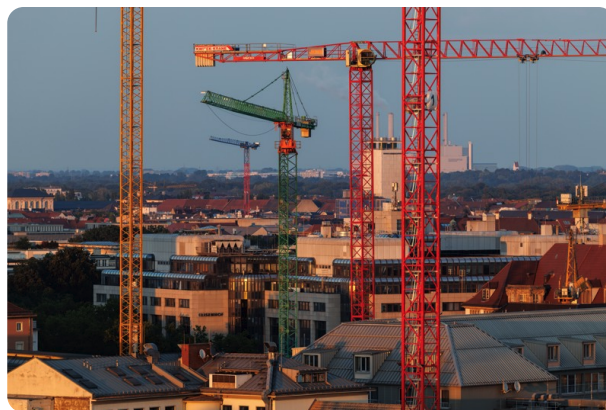
Die deutsche Industrie leidet gewaltig unter der Klima-Politik der Europäischen Union und der Bundesregierung: Allein in der Auto-Industrie sind in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 50.000 Jobs verloren gegangen. Das Verbrenner-Verbot ist ebenso wie die hohen Energiepreise neben der gewollten Verteuerung durch den CO₂-Preis Treiber der Krise. Auch zahlreiche andere Branchen leiden unter weiter steigenden Kosten und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit.

Die Europäische Union scheint mit derlei wirtschaftlichen Verwerfungen und Arbeitslosigkeit in Folge ihrer Klima-Politik

Arbeitslosigkeit in Folge ihrer Klima-Politik gerechnet zu haben. Deshalb tritt ab dem kommenden Jahr der sogenannte „Klima-Sozialfonds“ in Kraft, der in den kommenden sechs Jahren mindestens 65 Milliarden Euro an die EU-Staaten verteilen soll. NIOS liegen Dokumente der Europäischen Union vor, die zeigen, welche drastischen negativen Auswirkungen man als Folge der eigenen Klima-Politik erwartet.

Prognose: Arbeitsmarkt-Schock

Es ist von Schocks auf dem Arbeitsmarkt die Rede, von Arbeitsplatzverlusten in Folge von Umstrukturierungen, von Problemen für Familien, ihre Energiekosten bezahlen zu können und vom Schrumpfen der Wirtschaftskraft um bis zu 0,7 Prozent allein bis 2030.



Unter anderem das Baugewerbe soll laut EU zu den Branchen gehören, die von Klima-Arbeitslosigkeit betroffen sein werden.

In der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 27. März 2024 heißt es etwa wörtlich:

„Der Klimawandel bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Beschäftigung und die Haushalte mit sich. Bestimmte Sektoren, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, werden voraussichtlich von Arbeitsplatzverlusten oder Umstrukturierungen

betroffen sein. (...) Bei Sektoren, die in der regionalen und lokalen Wirtschaft dominieren, werden die Auswirkungen breiter angelegt sein, sodass sich die Volkswirtschaften dieser Regionen anpassen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Darüber hinaus erfordert die Umsetzung klimafreundlicher Technologien und Maßnahmen zusätzliche Investitionen, was zu Schwierigkeiten für einkommensschwache Haushalte führt.“

Wie zu erwarten – und politisch wohl auch gewünscht – sind vor allem Branchen betroffen, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Und freilich deren Mitarbeiter. Wörtlich heißt es:

Der Klimawandel bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Beschäftigung und die Haushalte mit sich. Bestimmte Sektoren, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, werden voraussichtlich von Arbeitsplatzverlusten oder Umstrukturierungen betroffen sein.

Lesen Sie auch: [Wirtschafts-Boss nennt es „bizarrr“: EU betreibt Sozialfonds für erwartete Klima-Arbeitslosigkeit](#)



Besonders energieintensive Industrien leiden unter dem CO₂-Preis – viele Unternehmen planen Investitionen im Ausland.

Noch deutlicher wird es in der [Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf besonders schutzbedürftige Gruppen“](#), auf den April 2024 datiert und im Amtsblatt der Europäischen

**Union erschienen. Unter dem Punkt
„Klimawandel, schutzbedürftige Gruppen und
Energiewende“ heißt es da:**

„Vulnerable Gruppen dürften beim Übergang zu fairer und sauberer Energie mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sein. Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in bestimmten Branchen aufgrund der Energiewende sind jene Gruppen bedroht, die in Bereichen wie Landwirtschaft, Verkehr, Baugewerbe und Wohnungswesen beschäftigt und bereits jetzt dem Risiko von Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Die aus der Energiewende resultierende Arbeitslosigkeit wird Menschen betreffen, die nur schwer eine andere Beschäftigung finden werden, z. B. weil sie relativ alt oder nicht ausreichend qualifiziert sind, um in eine neue Branche wechseln zu können.“

Darüber hinaus ist von „Schocks auf dem Arbeitsmarkt“ die Rede:

„Die Energiewende kann Schocks auf dem Arbeitsmarkt und in Niedriglohnbranchen wie dem Verkehrs- und Baugewerbe sowie dem Wohnungswesen auslösen. Das Arbeitslosigkeitsrisiko für sozial schwache Beschäftigte in gefährdeten Branchen bleibt hoch, Einwanderer und Flüchtlinge können die mit der Energiewende verbundenen Chancen nur schwer nutzen. Es kommt entscheidend darauf an, diesen Übergang gerecht zu gestalten und Möglichkeiten zu schaffen, Kompetenzen für die grüne Wirtschaft zu erwerben. Dazu sollten etwa die Herausforderungen für Bauarbeiter bei der Anpassung an nachhaltiges Bauen sowie der Bedarf an Umschulungsprogrammen geprüft werden.“

Steigende Lebenshaltungskosten

Weiter wird erwartet, dass die Energiewende dafür sorgt, dass Familien möglicherweise die Kosten für ihre Energie – also Strom und Wärme – nicht mehr tragen können. Wörtlich heißt es da:

tragen können. Wörtlich heißt es da.

„Angesichts des sich rasch wandelnden Energiemarkts, auf dem es zudem zu Turbulenzen durch massive strategische Schocks kommt, wird es für die europäischen Haushalte und Familien wahrscheinlich schwieriger werden, ihre Energiekosten bezahlen zu können.“

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU-Kommission denkt an die soziale Abfederung der Energiewende-Folgen auch mit Blick auf den eigenen Machterhalt und mögliche Kritik an den Folgen, denn weiter heißt es:

„Die aufgrund der Energiewende steigenden Lebenshaltungskosten sind eine große Herausforderung, die so bald wie möglich angegangen werden muss, damit diese Wende nicht von Populisten und Opportunisten für ihre Zwecke missbraucht wird.“



Die EU rechnet auch mit Familien, die sich Strom und Heizung nicht mehr leisten können.

Schrumpfen der Wirtschaftskraft

Im **Briefing** „Auswirkungen der grünen Wende auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt“ wird in einem **Negativ-Szenario** gar mit einem **deutlich Schrumpfen der Wirtschaft in Europa** gerechnet. Wörtlich heißt es:

„Im schlimmsten Fall bedeutet dies einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um etwa 0,7 Prozent bis 2030, wenn die EU ihr Ziel einer

Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55 Prozent erreicht und auch der Rest der Welt seine Ambitionen im Vergleich zu den nationalen Klimabeiträgen erhöht.“

In einer weiteren *Stellungnahme* des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Maßnahmen zur Schaffung eines EU-Rahmens für den gerechten Übergang“ wird ebenfalls offen mit starker Arbeitslosigkeit infolge der Klimapolitik der EU gerechnet. Dieser soll mit augenscheinlich linken arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begegnet werden. Dort heißt es:

„Die Mitgliedstaaten sollten angeregt werden, eventuell vom Übergang besonders betroffenen Arbeitnehmern einen Arbeitsplatzwechsel zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer, die infolge des Übergangs entlassen werden, Arbeitslosenunterstützung und angemessene Unterstützung bei der Arbeitssuche und Umschulung erhalten. (...) Die Sozialsysteme sollten durch Forschung zu innovativen Programmen und nationale Maßnahmen wie Tarifverhandlungen und angemessene Mindestlöhne, universellen Zugang zu Sozialschutz, Sozialprogramme für Arbeitslose usw. gestärkt werden.“

Es ist gar von der Gründung von „Sozialunternehmen“ die Rede:

„Der Arbeitsmarkt sollte durch die Unterstützung von auf die Arbeitsmarktintegration spezialisierten Sozialunternehmen und die Ausweitung von Initiativen wie ‚Regionen ohne Arbeitslosigkeit‘ an die besonderen Bedürfnisse benachteiligter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angepasst werden, um sicherzustellen, dass die Teilnahme an solchen Programmen freiwillig ist und keine negativen Auswirkungen hat.“

Mehr NIUS: CO2-Preis: Die Lüge vom „marktwirtschaftlichen Instrument“